

**Information über die Sitzung
des Gemeinderats
am 18. November 2003**

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt, warum beim Waldfest am 30./31. August 2003 teilweise Plastikbesteck und Plastikschalen verwendet wurden, obwohl dies bisher in den Mietverträgen untersagt war. Weiter fragt er, ob der Kunststoffabfall getrennt gesammelt und der Wertstoffsammlung zugeführt wurde. Die Verwaltung hat den Sachverhalt überprüft. Der Veranstalter hat das Versehen mit Bedauern zur Kenntnis genommen und zugesichert, dass dies im nächsten Jahr nicht mehr vorkommt.

**Jahresabschluss und Verwendung des Gewinns der
Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2002**

Der Gemeinderat hat den Jahresabschluss festzustellen und über die Verwendung des Gewinns zu beschließen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deutsche Treuhand-Gesellschaft, KPMG, Mannheim, hat den von der Verwaltung erstellten Jahresabschluss 2002 geprüft. Die Bilanz schließt mit einer Summe von 8.665.271,10 € ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Gewinn von 461.098,57 € aus.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat das Zahlenwerk 2002 mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Beschluss (einstimmig):

1. Der Jahresabschluss der Abwasserbeseitigungseinrichtung der Gemeinde Mutterstadt für das Wirtschaftsjahr 2002 mit der Bilanzsumme von 8.665.271,10 € wird gemäß § 27 Abs. 2 EigAnVO in Verbindung mit § 5 der Betriebssatzung in der vorliegenden Fassung festgestellt.
2. Der ausgewiesene Jahresgewinn von 461.098,57 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Forstwirtschaftsplan 2004 für den Gemeindewald Mutterstadt

Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Forstamt Speyer den Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Forstwirtschaftsjahr 2004 erstellt. Der Forstwirtschaftsplan sieht Einnahmen von insgesamt 6.670,00 € vor, denen Ausgaben von 42.760,00 € gegenüberstehen. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 36.090,00 €. Der Ausschuss für Umwelt, Orts- und Landschaftspflege hat am 07.10.2003 empfohlen, den Forstwirtschaftsplan in der vorliegenden Fassung zu beschließen:

Aussprache:

Ursache für den hohen Fehlbetrag gegenüber den Vorjahren ist das Fällen von etwa 70 Pappeln am Böhlgraben, wie in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Orts- und Landschaftsplanung am 07.10.2003 beschlossen. Das Pappelholz kann nur bedingt verwertet werden, so dass keine entsprechenden Einnahmen zu erwarten sind. Einsparungen werden allerdings dadurch erzielt, dass anstelle von Neuanpflanzungen die Fläche dem natürlichen Bewuchs überlassen wird.

Beschluss (einstimmig):

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2004 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2003

Die Verwaltung hat wegen der eingetretenen und voraussehbaren Mehr-/Mindereinnahmen, Mehr-/Minderausgaben und auf Grund von Beschlüssen des Gemeinderates und der Fachausschüsse einen Nachtragshaushaltsplan für 2003 erstellt.

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt auf 12.668.150,00 € und im Vermögenshaushalt auf 2.041.365,00 € festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Kredite wird um 1.167.840,00 € vermindert und beträgt nun 941.160,00 €. Die Höchstbeträge der Kassenkredite werden nicht geändert. Die weiteren Festsetzungen der Haushaltssatzung bleiben unverändert.

Der Nachtragshaushaltsplan schließt im Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag von 525.935,00 € ab. Der Verwaltungshaushalt für das Jahr 2003 ist nicht ausgeglichen. Der allgemeinen Rücklage werden 159.275,00 € entnommen. Der Saldo zum 31.12.2003 weist somit einen Stand von 32.147,00 € aus. Die vorgeschriebene Mindestrücklage von 127.276,00 € kann somit nicht erbracht werden.

Aussprache:

Fraktionsvorsitzender Joachim Greiff (CDU) erklärt, dass seine Fraktion bei den weiteren Überlegungen zur Bewältigung der schwierigen Haushaltslage folgenden Punkten besondere Bedeutung zumisst: Palatinum, Jugendtreff, Statistik Sozialhilfeempfänger, Statistik Ruftaxi, Grundstücksvermarktung sowie Kreditaufnahme. Er fordert mehr Mut zu Veränderungen und Kompetenz in der Sache. Dafür werde sich die CDU-Fraktion um die entsprechenden Mehrheiten bemühen.

Ratsmitglied Klaus Leicht (SPD) signalisiert Übereinstimmung mit seinem Vorredner. Allerdings sieht er keinen Anlass zur Aufregung, denn die nüchternen Zahlen belegen, dass sich die Haushaltslage gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan 2003 und auch gegenüber dem Finanzzwischenbericht vom Juli 2003 verbessert hat. Für den Haushalt 2004 fordert er noch härtere Einschnitte und ist sehr auf die weiteren Beratungen gespannt.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Kegel (FWG) weist darauf hin, dass es neben der allgemein schwierigen Finanzlage auch Gründe gebe, die von der Gemeinde alleine zu vertreten seien. Das Volumen des Vermögenshaushaltes schrumpft nur wegen der Verschiebung des Baubeginns der Feuerwache. Die FWG-Fraktion weist nochmals darauf hin, dass größere Investitionen von Grundstücksverkäufen abhängig zu machen sind. Weitere Einsparmöglichkeiten im Haushalt 2004 sind zu suchen.

Die FWG-Fraktion hatte dem Haushalt 2003 nicht zugestimmt und müsse sich folglich bei der Abstimmung zum Nachtragshaushalt 2003 enthalten.

Aufgrund der Anfragen der CDU-Fraktion stellt die Verwaltung in zwei Tischvorlagen die Statistiken zum Ruftaxi und zu den Sozialhilfeempfängern in Mutterstadt dar, welche die Ratsmitglieder zur Kenntnis nehmen.

Die weiteren Anfragen der CDU-Fraktion zur Einsparung durch Haushaltssperren, zur Verschiebung von Maßnahmen ins Haushaltsjahr 2004 und zur veränderten Kreditaufnahme beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Die Seiten 139 bis 141 des Nachtrags zeigen anschaulich, in welchen Bereichen des Verwaltungshaushalts Einsparungen möglich waren. Natürlich gibt es auch Positionen, wie zum Beispiel Strom und Gas, bei denen die 20-%-ige Haushaltssperre nicht greifen kann. Auch gesetzliche und vertragliche Vorgaben lassen sich durch eine Sperre nicht beeinflussen. Bedingt durch den verzögerten Baubeginn der Feuerwache, dem Verfahrensstand für die Baulandumlegung „Ringstraße Nord-West 2“ und der noch nicht zu zahlenden Erschließungskosten „Am Alten Damm“, werden bereitgestellte Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2003 nicht kassenwirksam. Andere kleinere Verschiebungen werden im Nachtrag aufgezehrt durch Maßnahmen, die im Laufe des Jahres zusätzlich beschlossen wurden und zu finanzieren sind, wie Heizungserneuerung Mandelgrabenschule, Verlegung Beregnungsleitung, Planung Südspange, Lokaler Gewässerausbau. Die neu ausgewiesene Darlehensaufnahme kann somit nur im Zusammenspiel aller Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes gesehen werden. Beschluss (bei 5 Enthaltungen):

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Aufnahme eines Kommunaldarlehens im Haushaltsjahr 2003

Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 2003 weist die erste Nachtragshaushaltssatzung eine Darlehensaufnahme von insgesamt 941.160,00 € aus. Zur rechtzeitigen Leistung der anfallenden Ausgaben für die laufenden Investitionen ist es erforderlich, den Kredit in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung soll deshalb zur Aufnahme eines Darlehens zum spätesten Zeitpunkt ermächtigt werden.

Beschluss (einstimmig):

Vorbehaltlich der staatsaufsichtlichen Genehmigung wird die Verwaltung ermächtigt, im Rahmen der für 2003 geltenden ersten Nachtragshaushaltssatzung ein Darlehen in Höhe bis zu 941.160,00 € aufzunehmen. Über die getätigte Kreditaufnahme ist der Haupt- und Finanzausschuss in seiner darauf folgenden Sitzung zu unterrichten.

Beschluss über die Festsetzung der Steuersätze für die Gemeindesteuern und der Sätze für die Beiträge und Gebühren für das Haushaltsjahr 2004

Damit die entsprechenden Planansätze für das Haushaltsjahr 2004 berechnet werden können, ist es erforderlich, die Steuer-, Beitrags- und Gebührensätze, die in der Haushaltssatzung für das Jahr 2004 nachgewiesen werden, festzusetzen. Eine detaillierte Veröffentlichung erfolgt Anfang 2004 im Rahmen der amtlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2004.

Unter anderem müssen die Hebesätze der Grundsteuer A und B an den landeseinheitlichen Durchschnittssatz angepasst werden und liegen dann bei 270 % bzw. 320 %. Außerdem wird die Hundesteuer auf einen durch zwölf Monate teilbaren Betrag angeglichen und soll für den ersten Hund 42,00 € betragen.

Beschluss (bei einer Enthaltung):

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern und die Sätze für die Beiträge und Gebühren werden wie vorgelegt beschlossen.

Anfrage der SPD-Fraktion; Erfahrungsbericht Kerwe 2003

Mit Schreiben vom 23.09.2003 beantragte die SPD-Fraktion einen Erfahrungsbericht zur Kerwe 2003.

Bei der Durchführung der Kerwe 2003 auf dem Messplatz wurden überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bereits im Vorfeld, insbesondere bei der Platzeinteilung Schausteller in die Planung mit einbezogen worden sind. Die Platzeinteilung erfolgte so, dass alle bisherigen Geschäfte untergebracht werden konnten und sich für die Besucher ein Rundlauf ergab. Die Platzzuteilung auf der Seite der Turnhallenstraße musste so vorgenommen werden, dass die Schaustellerfahrzeuge zwischen die Pflanzinseln gestellt werden konnten. Bei einer Aufstellung vor den Inseln wäre der Abstand zu den mittig angeordneten Fahrgeschäften zu gering gewesen. Die Aufstellung hinter den Inseln hätte den Kundenlauf vor den Geschäften ständig unterbrochen und es hätte die Gefahr bestanden, dass Personen durch die Pflanzinseln laufen.

Die im Schreiben der SPD-Fraktion angeführte Unfallgefahr durch die Anhängerdeichseln kann nicht bestätigt werden. Die Deichseln waren in der Regel hochgeklappt. Auch wenn eine Deichsel in einer Pflanzinsel lag, stellt sich die Frage, warum Besucher zwischen den Wagen, die sehr eng standen, in den Grüninseln laufen sollten. Bei den angeführten Abwasserschläuchen, die in den Pflanzinseln lagen, handelte es sich um einen Schlauch, durch den unbelastetes Wasser einer Eis- bzw. Getränkemaschine abgeleitet wurde.

Bezüglich des Standortes des Imbisses bzw. des Weinstandes wurde mit den Schaustellern bereits die Umstellung einiger Geschäfte besprochen. Hierdurch kann ein größerer Zwischenraum zum Nachbargrundstück erzielt werden. Am Standort selbst soll festgehalten werden, da in unmittelbarer Nähe der Toilettenwagen untergebracht ist. Der gewählte Standort liegt außerhalb

des Kundenlaufes, dies ist bei Imbiss- und Getränkeständen möglich, da Besucher diese gezielt ansteuern. Andere Verkaufsgeschäfte würden an diesem Standort keinen Umsatz erzielen. Was die Abwasserleitungen betrifft, so wird von der Verwaltung, vor dem Ostermarkt die Möglichkeit geprüft, ob diese an den Toilettenwagen angeschlossen werden können. Sollte dies nicht möglich sein, müssen die Abwasserleitungen von den Betreibern zukünftig besser abgedeckt werden oder es muss eine entsprechende Absperrung erfolgen.

Anfrage der SPD-Fraktion: Kooperation gemeindlicher Bauhöfe

Mit Schreiben vom 13.10.2003 bittet die SPD-Fraktion im Vorfeld der anstehenden Haushaltsberatungen um Berichterstattung zu Überlegungen und Initiativen hinsichtlich Kooperation oder Zusammenlegung gemeindlicher Bauhöfe. Die Verwaltung berichtet hierzu ausführlich mit folgendem Inhalt:

Seit Jahren besteht eine praktizierte Absprache zwischen Bauhöfen der näheren Umgebung. So werden auf unbürokratischem Wege Geräte und Schilder ausgetauscht, die im jeweiligen Einsatz zwar sinnvoll sind, deren alleinige Vorhaltung aber unwirtschaftlich wäre.

Über eine Zusammenlegung von Bauhöfen mit Nachbargemeinden wurde schon nachgedacht, allerdings mit dem Ergebnis, dass keine Einsparungseffekte zu erzielen sind.

Bisher vom Bauhof erledigte Aufgaben können zukünftig nicht von Hausmeistern ohne Personalaufstockung wahrgenommen werden. Im Gegenteil: Durch den Abbau von Hausmeisterstellen in der Vergangenheit müssen Hausmeistertätigkeiten teilweise von Bauhofmitarbeitern erledigt werden.

Die Frage, welche bislang vom Bauhof erledigten Arbeitsmengen wegen nicht kommunaler Zuständigkeit entfallen können, ist schwer zu beantworten, da solche Entscheidungen stets im Zusammenhang mit anderen, durch die Gemeinde nicht steuerbaren Gegebenheiten stehen. Es können keine vom Bauhof erledigten Aufgabenarten und Aufgabenmengen entfallen, weil sie Teilleistungen vergebener Arbeiten sind. Bei der Vergabe von Arbeiten werden deren Art und Umfang genau vertraglich geregelt, die Einhaltung der Verträge überwacht.

Alle Dauerleistungen des Bauhofs werden fortlaufend in ihrem zeitlichen Umfang erfasst und monatlich ausgewertet. Die Auswertung dient u.a. als Grundlage zur internen und externen Kostenverrechnung.

Eine umfassende Überprüfung der Arbeitsorganisation im Bauhof wurde nicht veranlasst. Es wird allerdings regelmäßig, seit ca. 2 Jahren verstärkt, in Einzelfällen auf kostenorientierte Arbeitsabläufe geachtet und jeweils eingegriffen, wenn Defizite erkennbar sind.

Die Verwaltung hat schon Überlegungen bezüglich einer künftigen Unternehmensform angestellt. Während die Fachpresse in der Vergangenheit die Privatisierung als „Allheilmittel“ für kostenlastige nicht hoheitliche Tätigkeiten ansagt, hat nach den zwischenzeitlichen Erfahrungen ein gewisses Umdenken stattgefunden, weil der gewünschte Effekt auf diese Weise nicht immer eingetreten ist.

Aussprache:

Ratsmitglied Klaus Leicht (SPD) hält die Beantwortung der Anfrage für eine sorgfältige Argumentensammlung, um einen entsprechenden Antrag wegzureden. Ziel der SPD-Fraktion war nicht die Zusammenlegung von Bauhöfen, sondern die Kooperation durch Austausch von Geräten und Fachleuten. Die SPD-Fraktion wird sich mit dem Thema erneut befassen und einen neuen Antrag ausarbeiten.

Antrag der SPD-Fraktion: Gehweg am alten Friedhof

Mit Schreiben vom 28.10.2003 beantragt die SPD-Fraktion, das Gestrüpp vor der Friedhofsmauer des alten Friedhofs im Verlauf der Ludwigshafener Straße wegen der dort herrschenden „Zustände“ zu entfernen. Außerdem wird um Prüfung gebeten, ob und wie die Straßenbeleuchtung in diesem Bereich optimiert werden könnte.

Aufgrund der vorgelegten Berechnungen kommt die Verwaltung zu der Auffassung, dass dem SPD-Antrag aus Kostengründen nicht gefolgt werden sollte.

Aussprache:

Ratsmitglied Günter Klein (SPD) bemängelt, dass auf den Antrag seiner Fraktion nicht eingegangen wurde. Man habe keine neue Beleuchtung, sondern lediglich eine Aufhellung durch Rückschnitt gefordert. Die SPD-Fraktion wird einen neuen Antrag prüfen.

Die Verwaltung erklärt, dass die Bänke entfernt wurden, um sie neu zu streichen. Anschließend werden sie wieder montiert.

Versuchsweise soll zunächst im Bereich der Bänke das Gestrüpp gelichtet werden, ohne dass jedoch die stellenweise unansehnliche Friedhofsmauer zum Vorschein kommt.

Anträge / Anfragen

Die Verwaltung beantwortet Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates:

Im Amtsblatt der Gemeinde Mutterstadt Nr. 45 vom 13.11.2003 wird unter dem Titel „Bauen im Grundwasser“ der Eindruck erweckt, dass es im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ ein Grundwasserproblem gebe. Diese Darstellung sei falsch, denn gerade dieses Baugebiet wurde bei der Planung um einen Meter angehoben, damit eben solche Probleme entscheidend verringert werden.

Die Verwaltung erklärt dazu, dass es sich dabei um die Informationsveranstaltung eines Bauunternehmens handelt. Die Gemeindeverwaltung ist an der Veranstaltung nicht beteiligt. Weil die Veranstaltung jedoch von Interesse für einen großen Teil der Bevölkerung sein könnte, hat die Verwaltung im Amtsblatt unter der Rubrik „Aktuelles – Interessantes“ darauf hingewiesen. Dass die Firma in ihrem Text dabei das Baugebiet „Am Alten Damm“ ins Gespräch gebracht hat, ist unglücklich.

Die Verwaltung berichtet, dass wegen Anfragen im Gemeinderat und im Bauausschuss die Außenanlage um das alte Försterwohnhaus neben der Walderholung in Augenschein genommen und ein Gespräch mit dem Mieter geführt wurde. Der Mieter wird in Zukunft bemüht sein Ordnung zu halten. So chaotisch, wie von Rats- und Ausschussmitgliedern geschildert, sieht es allerdings nicht aus.